



© APA-Heilmut Fohringer

Reformpläne

ÖVP-Chef Sebastian Kurz und FPÖ-Boss Heinz-Christian Strache wollen das Gesundheitswesen umbauen.

Weniger Kassen, mehr Widerstand

ÖVP und FPÖ tun sich mit Gesundheitsreformen schwer. Es formiert sich Kritik in den Ländern und bei den Ärzten.

••• Von Martin Rümmele

WIEN. Die Antwort der Regierungsverhandler ist absehbar: Statt auf Kritik an den möglichen Plänen einzugehen, wird man mit dem Argument darauf beharren, dass der Widerstand zeige, wie die andere Seite auf den alten Strukturen beharre. Jene, die schuld an den Problemen im Gesundheitswesen seien, wollten weiterhin keine Reformen zulassen. Der Schuss könnte allerdings nach hinten losgehen, denn die Kritik an den ersten Plänen, die durchsickern, ist massiv.

Gemeinsame Töpfe

Zwar keine Finanzierung aus einer Hand, aber doch eine Finanzierung des Gesundheitswesens über neun Landes-Töpfe planen die schwarz-blauen Regierungsverhandler. Demnach haben sich die Verhandler in der

Untergruppe Gesundheit darauf verständigt. Derzeit werden die niedergelassenen Ärzte über die Sozialversicherung finanziert, die Spitäler großteils von den Ländern. Künftig sollen in den Zielsteuerungskommissionen auf Länderebene nicht nur die Strukturen geplant werden, sondern Länder und Sozialversicherungen sollen künftig auch ihre Finanzmittel hier einbringen und über deren Verwendung gemeinsam entscheiden. Vorgaben der Bundes-Zielsteuerungskommission sollen dabei zu berücksichtigen sein. Damit soll eine effizientere Verwendung der Finanzmittel erreicht und das Hin- und Herschieben zwischen den einzelnen Bereichen zumindest auf Landesebene hintangehalten werden.

Einvernehmen herrscht bei ÖVP und FPÖ auch über die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen. Allerdings sollen

dabei auch regionale Ausprägungen berücksichtigt werden. Die Sozialversicherungsanstalten der gewerblichen Wirtschaft und der Bauern sollen zu einer Kasse für die Selbstständigen zusammengelegt, jene der Beamten erhalten bleiben. Auch die Pensionsversicherungsan-

stalt, wo Arbeiter und Angestellte schon vor Jahren fusioniert wurden, soll unverändert bleiben. Im Gespräch ist eine Auflösung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA). In diesem Fall soll auch eine Senkung des von den Arbeitgebern zu entrichtenden Unfallversicherungsbeitrags von derzeit 1,3 auf 0,8% kommen.

Protest der Länder

Widerstand meldet sich hier von den Ärzten und Ländern (siehe unten); sie fürchten in der Folge der Fusionen den Verlust von regional funktionierenden Strukturen und dadurch ein Planungschaos, Unsicherheit und erst recht steigende Kosten. Selbst ÖVP-Politiker hielten mit Kritik nicht hinter dem Berg.

Ungesunde Baustellen

Rauchverbot

Die FPÖ will das Rauchverbot in der Gastronomie kippen – Kritik von Präventionsmedizinerinnen, Gesundheitsökonominnen und nicht zuletzt der Fachgesellschaft der Lungenfachärzte. Die krebsauslösenden Folgen des Rauchens seien belegt – hier nehme man Leid und Krankheit in Kauf.

AUVA

Die Auflösung der Unfallversicherung stößt nicht nur bei den Kassen auf Kritik – auch die Gesellschaft der Unfallchirurgen macht mobil. Österreich sei international führend, man nehme Wettbewerbsnachteile in Kauf. Auch um die renommierten Rehasentren der AUVA macht man sich Sorgen.

Kassen

Die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen könnte weniger bringen als erhofft, haben Ökonomen zuletzt berechnet. Die Länder fürchten um eine entsprechende Abdeckung ihrer regionalen Bedürfnisse und befürchten eine weit entfernte Zentrale in Wien.